



»Wenn der Spaß aufhört, wissen wir ja, was das bedeutet«: Über richtiges Schimpfen, ein Haus für den Humor und das Wer-wen des Witzes. Ein Gespräch mit Gerhard Polt

**5.000 Abos für die Pressefreiheit! Bestellen auf [jungewelt.de/abo](http://jungewelt.de/abo)**

GEGRÜNDET 1947 · FREITAG, 25. NOVEMBER 2022, NR. 275 · 1,90 EURO (DE), 2,10 EURO (AT), 2,60 CHF (CH) · PVST A11002 · ENTGELT BEZAHLT

[WWW.JUNGEWELT.DE](http://WWW.JUNGEWELT.DE)

**Geurteilt**

Bundesverfassungsgericht kassiert  
**5** Kürzung von Sozialleistungen für Geflüchtete in Heimen ein

**Infiziert**

Deutlich steigende Coronazahlen in  
**7** China. Unruhen unter Arbeitern bei Foxconn in Zhengzhou

**Bestreikt**

Britische Gewerkschaften führen  
**9** Arbeitskämpfe weiter. Postangestellte sind bereits im Ausstand

**Demontiert**

Zerstörung des Modells: Die »immerwährende« österreichische Neutralität. Von Erwin Riess

# Bei Armut weltmeisterlich

Studie bescheinigt Deutschland rasant wachsende Verelendung. Pandemie und Preisexplosion sind dabei noch gar nicht berücksichtigt. **Von Ralf Wurzbacher**

Flasche leer im Fußball, aber volle Pulle bei der Produktion von Elend. Laut einer aktuellen Studie ist die Zahl der Deklassierten und Abgehängten in Deutschland drastisch angestiegen. Der finanzielle Rückstand von Haushalten unter der Armutsgrenze gegenüber dem mittleren Einkommen ist demnach binnen nur zehn Jahren um ein Drittel gewachsen. Ein weiterer Befund des am Donnerstag veröffentlichten Verteilungsberichts des Wirtschafts- und Sozialwissenschaftlichen Instituts (WSI) der Hans-Böckler-Stiftung: Im Jahr 2019, bis zu dem entsprechende Daten vorliegen, erreichte auch die Einkommensungleichheit zwischen Wohlhabenden und Habenichtsen eine nie dagewesene Dimension.

»Armut und soziale Polarisierung können die Grundfesten unseres demokratischen Miteinanders ins Wanken bringen, vor allem dann, wenn sie sich verfestigen«, warnte WSI-Direktorin Bettina Kohlrausch in einer Medienmitteilung. Sie verwies darauf, dass nur noch 59 Prozent der Betroffenen von der real existierenden Demokratie meinen, sie funktioniere gut. Zwei von zehn lehnen sie mehr oder weniger ab. Am größten ist der Frust in Ostdeutschland: Dort waren vor drei Jahren 18 Prozent der BRD-Gesamtbevölkerung, aber 29 Prozent der Armen beheimatet. Frauen sind im Verhältnis häufiger arm, ebenso Menschen mit Migrationshintergrund. Vergleichsweise schlechter geht es außerdem Älteren ab 55 Jahren und jungen Erwachsenen unter 25 Jahren.

In die Auswertung kamen Daten des »Sozioökonomischen Panels« (SOEP), für das jährlich rund 16.000 Haushalte interviewt werden,



Zahl der finanziell Abgehängten in Deutschland drastisch gestiegen: In einer Hamburger Fußgängerzone

sowie die Böckler-Lebenslagenuntersuchung, in deren Rahmen 2020 und 2021 gut 4.000 Menschen befragt wurden. Gemäß SOEP stieg die Armutsquote in der zurückliegenden Dekade von 14,3 auf 16,8 Prozent und damit um 17,5 Prozent. Die Quote derer mit weniger als 50 Prozent des mittleren Einkommens zog gar um 40 Prozent an, von 7,9 auf 11,1 Prozent. 2010 fehlten den finanziell Schwachen im Jahr noch rund 1.000 Euro, um über die Armutsgrenze zu gelangen, 2019 waren es knapp 4.000 Euro. Im Schnitt hätten die fraglichen Einpersonenhaushalte »mit nur wenig mehr als 10.000 Euro« zurechtkommen müssen, heißt es in

dem Report, der den Titel »Armut grenzt aus« trägt.

Tatsächlich fällt dessen Betrachtungszeitraum in eine Phase, in der es mit der deutschen Wirtschaft sogar bergauf ging, was einmal mehr belegt, wie Profitraten vom allgemeinen Wohlstandsniveau entkoppelt sind. Vor drei Jahren kletterte der Gini-Koeffizient als Indikator für Ungleichheit auf ein nie dagewesenes Level. Das alles war vor Corona, Rekordinflation und Energiekrise. In diesem Lichte erscheint den WSI-Forschern eine inzwischen weiter zugespitzte Polarisierung »sehr plausibel«. So habe eine Umfrage aus dem August ergeben, dass sich

Geringverdiener mit unter 2.000 Euro netto Monatslohn zu zwei Dritteln bei den Ausgaben für Bekleidung und nahezu 35 Prozent bei denen für Lebensmittel einschränken wollen. Der Spardruck reiche zudem »deutlich in die Mittelschicht hinein«.

Die Studie hebt auch auf die Folgen von Armut ab: »Lebenszufriedenheit, Qualität der Gesundheit, Bildung und Qualifikationen sind niedriger als im Bevölkerungsdurchschnitt, ebenso das Vertrauen in staatliche Institutionen von der Bundesregierung bis zu Polizei und Gerichten«. Empörend: Arme Frauen sterben im Mittel vier und Männer acht Jahre früher als Gutbetuchte.

**USA und EU: Mehr Geld für Ukraine**

Washington. Die USA haben weitere Militärhilfen für die Ukraine im Wert von 400 Millionen US-Dollar (389 Millionen Euro) angekündigt. Das Paket umfasst Waffen, Munition und Ausrüstung zur Luftabwehr aus Beständen der Vereinigten Staaten, wie US-Außenminister Antony Blinken am Mittwoch (Ortszeit) mitteilte. Den Angaben zufolge haben die USA seit dem Amtsantritt von Präsident Joseph Biden im Januar 2021 Kiew Militärhilfen für 19,7 Milliarden Dollar zur Verfügung gestellt. Das EU-Parlament in Strasbourg billigte am Donnerstag neue Milliardenkredite an die Ukraine. Einem Vorschlag der EU-Kommission zufolge wird das Darlehen von bis zu 18 Milliarden Euro an Bedingungen wie Korruptionsbekämpfung geknüpft. Seit dem russischen Einmarsch haben die EU und die Mitgliedstaaten den Angaben zufolge die Ukraine mit 19,7 Milliarden Euro unterstützt. (AFP/dpa/jW)

**Reul plant Großeinsatz für »leeres« Lützerath**



Düsseldorf. Nordrhein-Westfalens Innenminister Herbert Reul (CDU) plant einen Großeinsatz zur Räumung des von Klimaaktivisten besetzten Ortes Lützerath am Tagebau Garzweiler. Die Polizei könne dort »nicht scheinchenweise mit einzelnen Einsätzen vorgehen«, sagte Reul am Donnerstag im Düsseldorf Landtag. Am Ende müsse Lützerath »leer sein«. Das gehe nur mit einem Einsatz, der die »Besetzungsinfrastruktur« beseitige, so der Innenminister. Dafür sollten »erstens die Barrikaden beseitigt, zweitens die Personen verbracht, drittens alle Häuser abgerissen und die Bäume gerodet werden«. Das Leben von Menschen werde nicht aufs Spiel gesetzt, versprach er. Aachens Polizeipräsident hatte zuvor einen Einsatz noch in diesem Jahr ausgeschlossen. Lützerath soll zur Kohlegewinnung abgebaggert werden. (dpa/jW)

# Tourismus im All ist Gefahr fürs Klima

Bericht: Forschende warnen vor schädlichen Folgen vermehrter kommerzieller Raketenstarts

Die moderne Erforschung des Weltalls hinterlässt schädliche Abgase, doch zur viel größeren Dreckschleuder droht die kommerzielle Raumfahrt zu werden: Sogenannter Weltraumtourismus sei »klimaschädlich und eine reine Ressourcenverschwendung, nur weil einige reiche Leute dies als Statussymbol entdeckt haben«, zitierte die Nachrichtenagentur dpa am Donnerstag Knud Jahnke vom Max-Planck-Institut (MPI) für Astronomie in Heidelberg. Ein Team vom University College London errechnete, dass schon drei Jahre andauernder

Weltraumtourismus ausreichen könnte, um die zweifache Menge klimaschädlicher Abgase zu erzeugen wie sämtliche wissenschaftlich getriebenen Weltraummissionen zusammen.

Simulationen hätten ergeben, dass Rußpartikel aus dem verbrannten Treibstoff in der Stratosphäre die Erde etwa 500mal so effektiv erwärmen wie nahe dem Erdboden. »Raketenstarts werden routinemäßig mit Treibhausgas- und Luftschadstoffemissionen der Flugzeugindustrie verglichen, was wir in unserer Arbeit als falsch nachweisen«, erklärte Koautorin Eloise

Marais vom University College der dpa. Raketenstarts würden bisher nur 0,02 Prozent zum weltweiten Rußausstoß beitragen. Dafür betrage ihr Anteil an der Erderwärmung durch Ruß sechs Prozent.

Dem Bericht zufolge fanden Ioannis Kokkinakis und Dimitris Drikakis von der Universität Nikosia auf Zypern heraus, dass die Zahl der Stickoxide in Raketenspuren in einer Höhe bis zu zehn Kilometern so groß seien, dass es für Menschen gesundheitsschädlich wäre. Man hoffe, dass »kommerzielle Flugunternehmen wie Space X, Virgin

Galactic und Blue Origin« sowie mit ihnen verbundene Triebwerkshersteller jene Effekte bei künftigen Entwürfen berücksichtigen werden, sagte Drikakis laut dpa.

Entscheidend ist nicht nur, was hinten rauskommt. So hatte das Fachportal Space.com in einem Bericht vom 28. Oktober 2021 an die Auswirkungen von Festbrennstoffen erinnert. Bei Starts von Spaceshuttles der NASA waren demnach giftige Abgase in die Umwelt gelangt und hatten ein größeres Fischsterben verursacht.

Marc Bebenroth

**jW** wird herausgegeben von 2.690 Genossinnen und Genossen (Stand 21.11.2022)  
[www.jungewelt.de/lpg](http://www.jungewelt.de/lpg)

